



MdL Tim Pargent Kirchgasse 20 95444 Bayreuth

## Pressemitteilung

### Wer bestellt, muss auch bezahlen! CSU und Freie Wähler lassen Landkreise im Stich

**Insgesamt 5 Millionen Euro in den Landkreisen Bayreuth (3 Millionen Euro) und Kulmbach (2 Millionen Euro) für Aufgaben der Staatsregierung – Abgeordneter Tim Pargent fordert: Staatsregierung muss Landkreise dafür entschädigen, dass Freistaat zu wenig staatliches Personal in Landratsämtern beschäftigt.**

(Bayreuth, 22.07.2024) „Unsere Landkreise müssen staatliche Aufgaben erfüllen. Allein der Landkreis Bayreuth gibt hierfür ca. 3 Millionen Euro, der Landkreis Kulmbach ca. 2 Millionen Euro aus. Eigentlich müsste die CSU/Freie Wähler-Staatsregierung das Geld für die Erledigung dieser Aufgaben an die Landratsämter überweisen – tut sie aber nicht. Deshalb kann auch kein zusätzliches Personal eingestellt werden. Das bedeutet, dass unsere eigentlichen Aufgaben immer öfter liegen bleiben. Dabei muss doch eigentlich auch hier gelten: Wer bestellt, muss auch bezahlen“, kritisiert **Abgeordneter Tim Pargent**

Die 71 bayerischen Landratsämter als Verwaltungsbehörden der Landkreise haben eine Doppelfunktion: Sie sind einerseits kommunalen Gebietskörperschaften, verwalten sich hier zum Teil selbst und erfüllen eigene Aufgaben mit eigenem kommunalem Personal. Daneben erfüllen die Landratsämter aber auch staatliche Aufgaben und sind zum Beispiel auch Untere Naturschutzbehörden und staatliche Gesundheitsämter.

Allerdings: In den staatlichen Landratsämtern fehlt es an Personal des Freistaats, um diese Aufgaben zu erfüllen. Und das kostet sowohl die Landkreise als auch die Städte und Gemeinden viel Geld. Denn die Landkreise springen mit kommunalem Personal ein, um diesen Mangel an staatlichem Personal auszugleichen. Jeder bayerische Landkreis gibt dafür im Schnitt 4,7 Millionen Euro im Jahr aus der eigenen Tasche aus (laut Landkreistag). **Dieses Geld fehlt den Landkreisen wiederum für eigene kommunale Aufgaben.** Hinzu kommt, dass auch die kreisangehörigen Städte und Gemeinden zahlen müssen. Denn die gestiegenen Personalausgaben finanzieren die Landkreise auch aus der Kreisumlage, welche die ca. 2.000 kreisangehörigen Gemeinden an ihren Landkreis abführen müssen und aus denen sich die Landkreise wesentlich finanzieren. **Das verschärft die eh schon angespannte Finanzlage vieler Kommunen, die immer häufiger bei eigenen kommunalen Leistungen und Aufgaben den Rotstift ansetzen müssen.**

Die Antwort auf eine Grüne Anfrage (im Anhang) zeigt Zahlen zur Entwicklung der Kreisumlage. Die Kreisumlage ist von 2023 auf 2024 von durchschnittlich 46 % auf 47,5% pro Landkreis gestiegen. Die kreisangehörigen Gemeinden müssen den Landkreisen also mehr Geld für deren Arbeit zahlen.

## Tim Pargent

Stv. parl. Geschäftsführer  
Stv. Fraktionsvorsitzender  
Fraktion  
BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Finanzpolitischer Sprecher  
Mitglied im Ausschuss für  
Staatshaushalt & Finanzfragen

Bayreuth, 22. Juli 2024

Landtagsbüro  
Maximilianeum  
81627 München  
Telefon +49 89 4126 2778

Regionalbüro  
Kirchgasse 20  
95444 Bayreuth  
Telefon +49 921 471 72  
Fax +49 921 471 73

tim.pargent@gruene-fraktion-  
bayern.de

**Abgeordneter Tim Pargent:** „Was wir hier sehen, ist ein Skandal. Die Zeche für den Mangel an staatlichem Personal zahlen die Landkreise und Kommunen. Die Staatsregierung muss jetzt endlich Verantwortung übernehmen und aktiv werden.“

**Abgeordneter Tim Pargent fordert deshalb:** Der Freistaat Bayern soll den Landkreisen die entstandenen Kosten ausgleichen. Dazu soll zunächst ein Konzept vorlegt werden, wie die Zusatzbelastung für die Landkreise, die ihnen durch den Mangel an staatlichem Personal in den Landratsämtern entsteht, im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs 2025 ausgeglichen werden kann.

**Katharina Schulze, Fraktionsvorsitzende der Landtags-Grünen,** fasst zusammen: „Wie so oft zeigen Ministerpräsident Söder und Co. auch wenn’s um ausreichend Geld für unsere Kommunen geht mit dem Finger auf Berlin. Wie so oft ist das aber nicht viel mehr als ein dreistes Ablenkungsmanöver. Die Bayerische Staatsregierung ist per Gesetz für die finanzielle Ausstattung der Kommunen im Freistaat zuständig. Ich hoffe sehr, dass CSU und Freie Wähler endlich an all die Mitarbeitenden in den Landratsämtern denken, die nicht mehr wissen, wie sie mit der zusätzlichen Arbeitsbelastung fertig werden sollen und an unsere Landrätinnen und Landräte, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher. Die sind es nämlich, die ihren Leuten klar machen müssen, dass die Gemeindekasse wegen Söders Desinteresse deutlich klammer ist als sie sein müsste!“